

# KANN MAN SECHSUNDFÜNFZIG ÜBERLASTUNGSANZEIGEN IGNORIEREN?

MAN KANN NICHT?

MAN KANN!

Im Juni haben die Kollegien von 56 Schulen im Bezirk Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis Überlastungsanzeigen an Kultusministerium und Schulträger auf den Weg gebracht.

Wie zu erwarten war, haben sich die Adressaten nach Kräften bemüht, diesen massiven Protest „kleinzureden“. Kultusminister Alexander Lorz erklärte, es handle sich um Protestschreiben, die von der GEW „orchestriert“ (sprich: finster gesteuert und manipuliert) worden seien, und nicht um Überlastungsanzeigen im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes. Diese Ignoranz gegenüber objektiv berechtigten Beschwerden hat der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer deutlich kritisiert und einen Gesprächstermin gefordert – eine Antwort steht noch aus.

Die Kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zu den inzwischen 122 Überlastungsanzeigen hessenweit musste der Kultusminister aber beantworten. Die Debatte dazu und vor allem das in unserem Sinne positive Presseecho auf die hohe Zahl der Überlastungsanzeigen wird Herrn Lorz nicht gefallen haben.

Auch der Versuch des Kultusministeriums, die Auseinandersetzung mit den Anzeigen auf Schulamt und Schulleitungen abzuwälzen, ist gescheitert, denn von den meisten Schulleitungen wurde zurückgemeldet, dass die Beschwerden über zu hohe Arbeitsdichte und schlechte Ausstattung der Schulen berechtigt sind und die Probleme nicht auf lokaler Ebene gelöst werden können. Das Schulamt hat zugesagt, diese Rückmeldungen gegenüber dem HKM nicht zu beschönigen.

Zwar sind die grundsätzlichen Probleme nur auf höherer Ebene zu lösen, die Gespräche zwischen Schulleitung, Schulamt und Personalrat über die enorme Belastung der Kolleginnen und Kollegen haben aber in einigen Fällen zumindest kleine Entlastungen gebracht, indem zum Beispiel die Zahl der Konferenzen reduziert oder indem für Schulentwicklungsprojekte ein größerer Zeitraum vereinbart wurde.

Der Schulträger wurde in den Überlastungsanzeigen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis kritisiert – in den Anzeigen der Wiesbadener Schulen wurde dafür umso häufiger die Beseitigung der teilweise skandalösen baulichen Mängel und Ausstattungsdefizite gefordert. Das Städtische Schulamt hat darauf mit knappen Standardschreiben etwa folgenden Inhalts geantwortet: Die Mängel seien bekannt, das Städtische Schulamt bemühe sich nach Kräften um Abhilfe, sei aber im Übrigen nicht der richtige Adressat für Überlastungsanzeigen. Der Gesamtpersonalrat hat dem entgegnet, dass im Falle der Schulen die Verantwortung für Arbeitsschutz sehr wohl auch beim Schulträger liege und ein knappes Standardschreiben auf

ausführlich dargelegte Mängel unangemessen sei. Es wurde uns daraufhin zugesagt, dass die Mängellisten noch einmal intensiver gesichtet würden.

Wir können also bilanzieren, dass sich eine große Zahl von Überlastungsanzeigen nicht einfach ignorieren lässt und dass sich der Aufwand für das positive Presseecho und einige konkrete Verbesserungen gelohnt hat!

Michael Zeitz



56

schwarz - grüne zeiten  
erfordern starke gewerkschaften -  
gegen bildungs- und sozialabbau!

DEMOKRATISCH  
KOMPETENT  
STREITBAR

GEW